

DAS MAGAZIN DER CDU BERLIN

CHARAKTERISTISCH DEUTLICH UNVERFÄLSCHT

Beispielpreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: Erscheint einmal im Quartal.

2. Ausgabe 2011 37. Jahrgang 1,20 EUR

# BERLINER RUNDSCHAU

**Frank Henkel**  
Spitzenkandidat  
der CDU Berlin

# Geschlossen in den Wahlkampf

Berliner CDU nominiert

„...die Christdemokraten sind sich einig, geben sich kämpferisch ... Mit „Jetzt-geht's-los“-Rufen bejubeln die Delegierten den Wahlkampfauftakt ihrer Partei“

*Berliner Morgenpost, 13.02.11*

## „Henkel fordert Wowerit heraus“

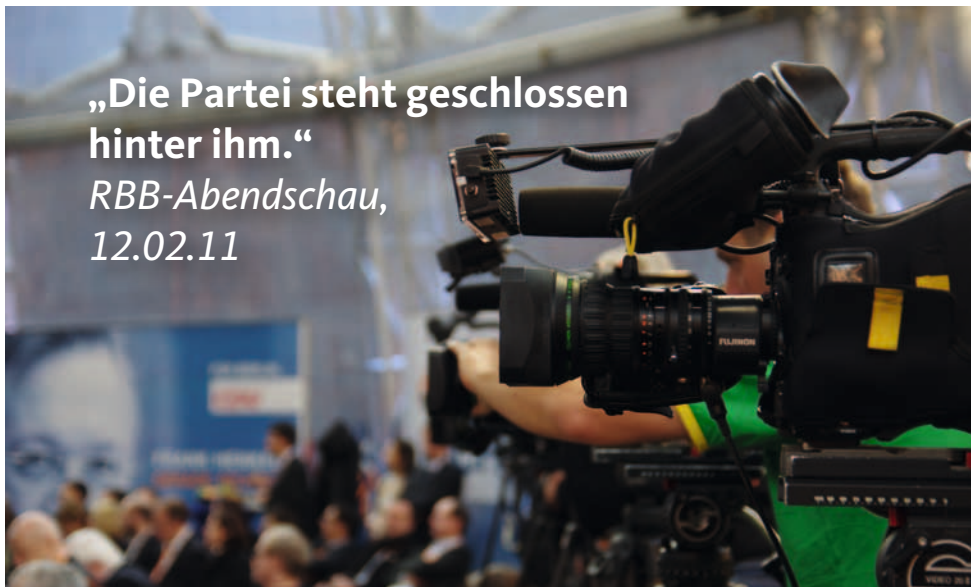
„Der SPD, der Linken und den Grünen warf Henkel ...

„Wahlbetrug mit Ansage“ vor.“

*Der Tagesspiegel, 13.02.11*

„Die Partei steht geschlossen hinter ihm.“

*RBB-Abendschau, 12.02.11*



„Die Partei steht hinter ihm: Henkels fünfter Wahlkampf für die CDU soll SEIN Wahlkampf werden.“

„Acht Minuten stehender Applaus.“  
*BILD, 14.02.11*

„Jetzt ist der Henkel dran“

„... die Mitglieder mögen ihre Partei wieder, sie identifizieren sich, sie arbeiten mit ... alles an diesem Auftritt war auf „gerade“, „ehrlich“ und „authentisch“ ausgerichtet. ... Wer sich anstrengt und einen guten Job macht, wird mit einem Besuch der Bundeskanzlerin und Parteichefin belohnt. .. In Henkel sieht Merkel offenbar jemanden, dem man etwas zutrauen könne.“

*Der Tagesspiegel, 13.02.11*

„Rund 300 Delegierte ... klatschten minutenlang Beifall und skandierten „Jetzt geht's los“. „Merkels Rückendeckung war das zentrale Signal des Parteitags“

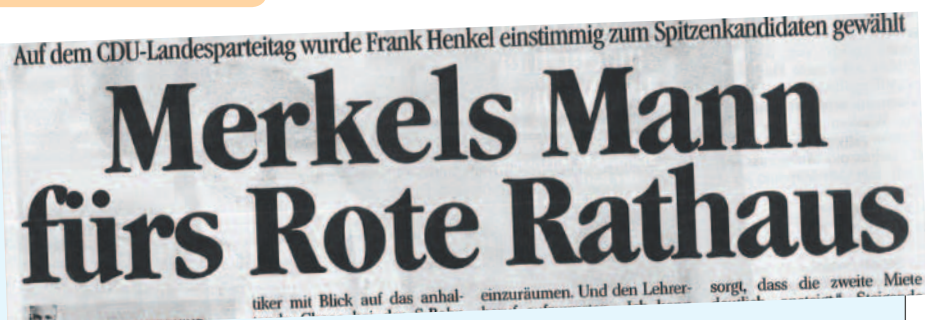
*taz, 14.02.11*

## Heimspiel für den Kandidaten

„Die Partei liebt ihren Spitzenkandidaten. ... Das Zeichen, das von diesem Parteitag ausging, war eine große Geschlossenheit. ... Der Wille ist da – der Spitzenkandidat nun auch“

*Kommentar, Berliner Morgenpost, 13.02.11*

„Es gibt so etwas wie einen neuen Teamgeist... Ein großer Erfolg für den 47jährigen... Die CDU ... ist die einzig wahre bürgerliche Kraft ... Ohne Gegenstimme ... ein erstaunliches Ergebnis“  
*Neues Deutschland, 14.02.11*



„Auf dem CDU-Landesparteitag wurde Frank Henkel einstimmig zum Spitzenkandidaten gewählt.“

*B.Z. 13.02.11*

„Auch ohne Hollywood-Stars stellte sich im alten Schöneberger Gasometer ein gewisses Berlinale-Feeling ein“

*Berliner Zeitung, 14.02.11*

# Flugrouten: „Merkel macht vielen tausend Menschen Mut“

„Dass man den Menschen bestimmte Flugrouten in Aussicht gestellt hat und anschließend macht man einfach etwas ganz anderes – so etwas ist mit der CDU nicht zu machen.“ Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel brachte auf dem 33. Landesparteitag der Berliner CDU auf den Punkt, was die Menschen im Süden Berlins und im brandenburgischen Umland bewegt. Die Verantwortlichen bei der Flugsicherung müssten eine Lösung finden auf der Basis dessen, was den Menschen jahreslang versprochen wurde.

Der Zusammenschluss der Bürgerinitiativen „Keine Flugrouten über Berlin“ lobte unmittelbar danach per Pressemitteilung die klaren Worte der Kanzlerin: „Frau Merkel bezieht mit ihren Aussagen eine klare politische Linie und macht auf diese Weise vielen tausend Menschen Mut.“ BI-Sprecherin und Parteitagbesucherin Marena Bone-Winkel erklärt: „Genau wie die Kanzlerin können die Bürger nicht verstehen, dass Prinzipien wie Vertrauensschutz und Planungssicherheit in der Berlin-Brandenburger Politik ohne triftigen Grund über Bord geworfen werden sollen.“ Frau Merkel bestärkte Verkehrsminister Peter Ramsauer, der sich bereits zu einem recht frühen Zeitpunkt eindeutig zur großen Bedeutung dieser demokratischen Grundwerte bekannt und somit richtungweisend in die Flugrouten-debatte eingegriffen hatte. Auch sonst zeigte sich die Bundeskanzlerin fitter als so manch andere, die heutzutage gern die



Hauptstadt regieren würde. Selbst „die tageszeitung“, politischer Nähe zur CDU eher unverdächtig, stellte fest: „Die Kanzlerin meint es ernst, das war ihrem Auftritt schnell zu entnehmen. Wenn sonst Vertreter der Bundesspitze bei Landesparteitagen einschweben, belassen sie es oft bei einigen einleitenden Worten mit Lokalkolorit, um dann ihre Standardrede ... abzuspuhlen. Anders Merkel: Über eine Viertelstunde ließ sie sich zu Berliner Themen aus, sprach über Schulprobleme und die geplante Verlängerung der Autobahn 100 genauso wie über den Streit über die Flugrouten.“

te Zugangsverfahren zu den Gymnasien. Merkel nannte die Haltung der rot-roten Stadtpolitiker in der Frage, ob ein Platz nach dem ehemaligen US-Präsidenten und Berliner Ehrenbürger Ronald Reagan benannt werden soll, kleinlich. Und watschte die Berliner Grünen für ihre verantwortungslose Haltung in Sachen „Weiterbau der Stadtautobahn A 100“ ab.

Dem Berliner Spitzenkandidaten Frank Henkel attestierte die Kanzlerin, er habe in den vergangenen zwei Jahren die Hauptstadtunion wieder zusammengeführt. „Sie haben einen super Job gemacht“, so Merkel wörtlich. Ein sichtlich berührter Frank Henkel dankte ihr mit einem Blumenstrauß und einem Operngutschein, während die Delegierten stehende Ovationen spendeten.

„Merkel krönt Henkel“ titelte ein Boulevardblatt am Tag darauf – und in der Tat war der Auftritt von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel das i-Tüpfelchen auf dem rundherum gelungenen 33. Landesparteitag. Ohne wenn und aber stellte sich die Kanzlerin hinter den Berliner Spitzenkandidaten Frank Henkel. „Merkels Rückendeckung war das zentrale Signal des Parteitags“, stellt die „taz“ ganz richtig fest und fährt fort: „Die Hoffnungen Merkels und der CDU-Strategen auf einen Wahlsieg beruhen im Kern auf dem Ergebnis der Partei bei der Europawahl und der Bundestagswahl 2009. In beiden Fällen war die Union in Berlin stärkste Partei. Dieses Potenzial will die CDU mit Merkel auch auf Landesebene mobilisieren.“



„Bund und Land – Hand in Hand“, Bundeskanzlerin Angela Merkel versprach der Berliner CDU ihre volle Unterstützung im kommenden Wahlkampf. Spitzenkandidat Henkel bedankte sich mit Blumen und einem Operngutschein.



# „Unsere Ziele

*Selbst das Wetter zeigte sich von seiner schönsten Seite: Blau strahlte der Himmel über Berlin als sich über 300 Delegierte und noch einmal so viele Gäste zum 33. Landesparteitag der Berliner CDU im Schöneberger Gasometer einfanden. Unter der großen, transparenten Kuppel, die hell von der Sonne erleuchtet wurde, standen alle Zeichen auf Aufbruch. Nach einer intensiven inhaltlichen Vorbereitung auf die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2011 nominierte die CDU Berlin an diesem Samstag ihren Spitzenkandidaten: Frank Henkel. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende war zuvor bereits einstimmig vom Parteipräsidium und vom Landesvorstand der CDU Berlin vorgeschlagen worden, nun sprachen ihm auch die 310 Delegierten ohne Gegenstimme ihr Vertrauen aus.*

Mit Frank Henkel schickt die Berliner CDU einen Mann ins Rennen um das Rote Rathaus, für den Berlin „eine echte Herzensangelegenheit“ ist, wie es die stellvertretende Landesvorsitzende Monika Grütters, die geschickt durch den Landesparteitag moderierte, auf den Punkt brachte. Wie sehr ihm Berlin am Herzen liegt, machte Henkel nach der Begrüßung durch Generalsekretär Bernd Krömer in einer knapp einstündigen Rede deutlich. Darin skizzierte er sein Leitbild von Berlin: „Ich möchte den Menschen

in Berlin den Weg frei räumen“, erklärte der CDU-Spitzenkandidat, „Sie sollen Arbeit finden, wenn sie keine haben, sie sollen neue Produkte entwickeln, sie sollen unbürokratisch Unterstützung erhalten, wenn sie sie brauchen, sie sollen die Stadt genießen und sich inspirieren lassen. Sie sollen sich auch nachts überall sicher fühlen, anstatt Angst zu haben. Sie sollen stolz auf diese Stadt sein und ihren auswärtigen Gästen nicht erklären müssen, warum leider wieder etwas nicht funktioniert!“ Vor allem gehe



# sind klar, und sie sind erreichbar.“

es darum, die „Normalität in dieser Stadt wiederherzustellen“, unterstrich Henkel. Dazu müsse man den zahlreichen Problemen Berlins konsequent begegnen – sei es das Chaos an den Berliner Schulen oder bei der S-Bahn, die Verwahrlosung der Stadt, der Anstieg der Mieten, Integrationsprobleme oder Gewalt gegen Mitbürger und Polizisten. „Um diese Aufgaben zu bewältigen, brauchen wir als Stadt eine klare Orientierung. Was wir aber haben, ist viel zu viel Selbstzufriedenheit in diesem rot-roten Senat, gepaart mit einer Ignoranz gegenüber den vielen Schwierigkeiten“, kritisierte



Henkel. Der Spitzenkandidat verwies auf die fundierten inhaltlichen Konzepte, die seine Partei in den vergangenen beiden Jahren vorgelegt hat, und lud alle Berlinerinnen und Berliner zur Mitarbeit am Wahlprogramm der Berliner CDU ein, das in einer offenen Debatte entstehen soll. „Ich möchte mich für eine Stadt einsetzen, die mit aller Kraft darum kämpft, verloren gegangene Lebensqualität und Freiheit zurückzugewinnen“, rief Henkel den rund 600 Anwesenden zum Abschluss seiner Rede zu, „Lassen Sie uns gemeinsam für Berlin kämpfen!“. Mit fast zehnminütigem, stehendem Applaus und lauten „Jetzt geht’s los“ – Sprechchören bekundete der Parteitag seine uneingeschränkte Unterstützung für den Spitzenkandidaten Frank Henkel. Dieser zeigte sich sichtlich gerührt: „Das Feuer, das neu entfacht worden ist, der Rückhalt, die vielen Ideen und die große Geschlossenheit, wie ich sie in den letzten zwei Jahren erleben durfte, das hat schon eine ganz besondere Qualität“, sagte Henkel. „Wenn wir mit der gleichen Entschlossenheit und Freude an der politischen Arbeit in die Herausforderung der kommenden Wochen ziehen, dann habe ich allen Grund zu Optimismus. Unsere Ziele sind klar, und sie sind erreichbar: Wir wollen wieder in Regierungsverantwortung Politik gestalten, und wir wollen bei den Wahlen im September stärkste politische Kraft werden!“

## Das vielbeachtete Kandidaten-Video auf YouTube

Ein emotionaler Höhepunkt des Landesparteitages war das Vorstellungsvideo von Frank Henkel. Darin geht er durch sein Berlin, sieht die zahlreichen Chancen, aber auch die großen Probleme der Stadt:



„Ich sehe eine Politik, die sich nicht kümmert, eine Infrastruktur, die nicht mehr funktioniert, Schmutz und Verwahrlosung. Es geht um die Normalität, die in unserer Stadt verlorengegangen ist.“



„Ich will da aufräumen, wo Berlin nicht mehr funktioniert“, erklärt Henkel in dem zweieinhalb-minütigen Film.



„Es ist Zeit für einen Wechsel, es ist Zeit für etwas Neues. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass die Dinge in Berlin wieder so laufen, wie sie sollten. Dafür will ich mich einsetzen, weil es auch meine Stadt ist.“



Quelle: [www.youtube.com/cduberlin](http://www.youtube.com/cduberlin)



# SPD stolpert über Skandale

Jüngst spekulierte eine Berliner Tageszeitung darüber, ob wohl auch der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) mit dem Howoge-Skandal wie zahlreiche seiner Vorgänger über eine „Genossenfilz“-Affäre stolpern würde. In der gut 60-jährigen Geschichte Berlins seit dem Zweiten Weltkrieg – in der die Sozialdemokraten über 50 Jahre am Senat beteiligt waren und insgesamt 40 Jahre den Regierenden Bürgermeister stellten – hat „der rote Filz“ nämlich schon häufig für Skandale gesorgt.

Hier eine kleine Auswahl:

Die **KREISEL-AFFÄRE**: Die Architektin und Ex-Ehefrau des Kreuzberger Bezirksbürgermeister Willy Kressmann (SPD), **Sigrid Kressmann-Zschach**, stellte 1968 ihre Pläne für ein prächtiges Büro- und Einkaufszentrum mit eigenem

U- und Bus-Bahnhof vor – den Steglitzer Kreisel. Kostenvoranschlag: 180 Mio. Mark. Das Land Berlin steuerte 35 Mio. Mark für die Verkehrsbauten im Kreisel bei, zudem gewährten Finanzsenator **Heinz Striek** (SPD) und Bausenator **Rolf Schwedler**

(SPD) leichtfertig eine Bürgschaft über 42 Mio. Mark. Als Kressmann-Zschach 1974 Konkurs anmeldete, musste das Land Berlin für die Schulden aufkommen. Finanzsenator Striek verlor aufgrund der fahrlässigen Vernachlässigung seiner Sorgfaltspflicht bei der Vergabe öffentlicher Mittel 1975 sein Senatorenamt.

Die **OHRFEIGEN-AFFÄRE**: 1974 musste **Heinz Kuchler** (SPD) sein Mandat niederlegen, da ihm vorgeworfen wurde, einer Gartenbaufirma gegen Bezahlung Aufträge verschafft zu haben. Zudem soll Kuchler Abgeordneten-Briefpapier für seine Geschäftspost missbraucht haben. Als ihn ein Rundfunk-Reporter mit Fragen dazu konfrontierte, ohrfeigte Kuchler den Reporter in aller Öffentlichkeit.

Die **GARSKI-AFFÄRE**: 1978 gewährte der Berliner Senat der längst konkursreifen Baufirma des Architekten **Dietrich Garski** leichtfertig eine Bürgschaft. Wirtschaftssenator **Wolfgang Lüder** (FDP) und Finanzsenator **Klaus Riebschläger** (SPD) stimmten öffentlichen Krediten für diverse Bauvorhaben Garskis in arabischen Ländern zu. Somit kassierte Garski insgesamt an die 128 Mio. Mark für Projekte, die gar nichts mit Berlin zu tun hatten. 1980 wurde Garski zahlungsunfähig und Berlin musste für die Millionen-Bürgschaft einspringen. Später stellte sich heraus, dass die Bürgschaft bei einem Gespräch zwischen dem Regierenden Bürgermeister **Dietrich Stobbe** (SPD), Finanzsenator Riebschläger und Wirtschaftssenator Lüder nur kurze Zeit vor der Insolvenz Garskis sogar noch aufgestockt wurde. Alle drei mussten ihre Ämter niederlegen.

Der **KPM-SKANDAL**: Senatsdirektor **Dieter Schwäbl** (SPD) erwirkte, dass **Jürgen Grimming**, persönlicher Referent des Bürgermeisters **Kurt Neubauer** (SPD), den Posten des kaufmännischen Direktors bei der Staatlichen Porzellanmanufaktur KPM bekam. Grimming ließ sich wenige Wochen später von dem Posten beurlauben, da er als Nachrücker für

die SPD in den Bundestag einzog. Zuvor sorgte er jedoch noch dafür, dass zwei KPM-Abteilungsleiter, die der SPD angehörten, eine Gehaltserhöhung erhielten. Senatsdirektor Schwäbl musste zurücktreten. Der Skandal trug 1977 auch zum Sturz des Regierenden Bürgermeisters **Klaus Schütz** (SPD) bei.

Die **TEMPODROM-AFFÄRE**: Stadtentwicklungssenator **Peter Strieder** (SPD) und Finanzsenator **Thilo Sarrazin** (SPD) gerieten wegen der Finanzierung des Kulturtempels Tempodrom ins Visier der Justiz. In den Bau auf dem Gelände des ehemaligen Anhalter Bahnhofs pumpte das Land Berlin auf Betreiben Strieders Millionen – bis das Tempodrom mit 33 Mio. Euro doppelt so teuer wurde, wie ursprünglich geplant. Die Staatsanwaltschaft warf Strieder und Sarrazin in einem späteren Prozess vor, den mit Strieder persönlich befreundeten Betreibern einen Kredit am Landesparlament vorbei zugebilligt zu haben. Verdächtig erschien der Staatsanwaltschaft auch die Unterstützung des am Tempodrom-Bau beteiligten Unternehmers **Roland Specker** für eine SPD-Wahlparty über 5.000 Euro, die nicht verbucht wurde. Im Zuge der Affäre trat Strieder 2004 zurück.

Der **DEGEWO-SKANDAL**: 2003 sorgte der Wechsel des SPD-Politikers **Frank Bielka** in den Vorstand der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft Dege wo für heftige Diskussionen. Bielka war in seiner vorherigen Funktion als Staatssekretär Aufsichtsratsvorsitzender der Degewo. Kurz vor seinem Wechsel wurden die Bezüge für die Degewo-Vorstandsmitglieder erhöht. Erneut in die Kritik geriet Bielka später im Zusammenhang mit dem Bauprojekt „Adlershofer Tor“ und der Annahme von Freikarten für Hertha BSC.

Der **HOWOGE-SKANDAL**: Skandalöse Verstrickungen zwischen der landeseigenen Wohnungsgesellschaft Howoge und dem SPD-Abgeordneten **Ralf Hillenberg** wurden aufgedeckt, als Mieter im Frühjahr 2010 gegen

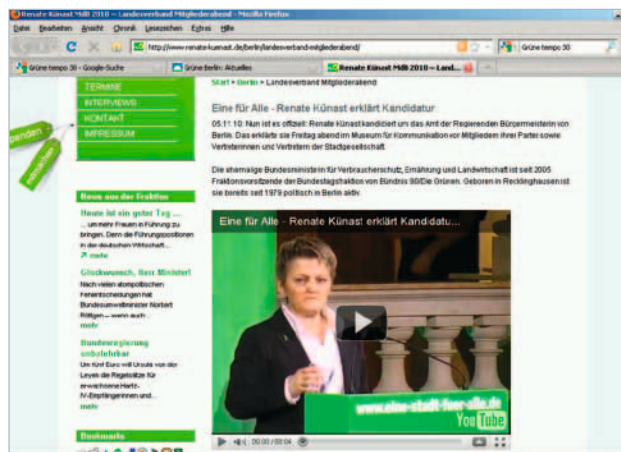
die Luxusmodernisierung ihrer Wohnungen protestieren, die bis zu 100%ige Mietsteigerungen zur Folge gehabt hätten. Brisant dabei: Planer des millionenschweren Sanierungsprojekts ist das Ingenieurbüro Hillenbergs, gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender des Bauausschusses im Berliner

Abgeordnetenhaus. Wie sich herausstellte, hatten die beiden Geschäftsführer der Howoge, die ebenfalls der SPD angehören, Hillenberg unter Umgehung der Vergabevorschriften freihändig Aufträge zugeschanzt. Eine Untersuchung durch Wirtschaftsprüfer bestätigte das illegale Vorgehen zwischen den SPD-Parteifreunden. Ebenso wie die Beteiligten rechtfertigte der ehemalige Finanzsenator **Thilo Sarrazin** (SPD) die rechtswidrige Vergabe zunächst damit, dass dem Land Berlin dadurch kein finanzieller Schaden entstanden sei. Anfang 2011 wird jedoch bekannt, dass das Ingenieurbüro Hillenbergs von der Howoge die Differenz zwischen den nach Honorarordnung vorgeschriebenen Planungskosten und den vom ihm damals günstiger ausgeführten Auftrag nachfordert. Die Summe beläuft sich bislang auf deutlich über 500.000 Euro.



# „So trist wie das Recycling-Papier, auf dem es gedruckt ist.“\*

„Künast präsentiert das Wahlprogramm der Grünen für die Hauptstadt – und nährt die Zweifel, dass sie die Wahl gewinnen könnte.“



Den Wahlkampfauftakt völlig vergurkt, das Programm weichgespült: Die Grüne Spitzenkandidatin Renate Künast auf ihrer Homepage.

Es sind deutliche Worte, die die Tageszeitung „Die Welt“ für die rund 120 Seiten Papier findet, auf denen die Ökopartei ihre politischen Forderungen zusammengeschrieben hat. Das Wort „Naturschutz“ taucht im Grünen-Pro-

gramm übrigens gar nicht auf, das Wort „Umweltschutz“ findet sich gerade ein einziges Mal.

Schon im Vorfeld hatte es bei den Grünen Ärger gegeben. Die Verantwortung dafür trägt Grünen-Kandidatin Renate Künast, die der Programmkommission ihrer Landespartei laut „Die Welt“ zwei Mitarbeiter ihres Büros als Chefs vor die Nase setzte. Der Tagesspiegel berichtete am 2. Februar: „Fachpolitiker ... fühlten sich von Künast überrannt beziehungsweise gar nicht gefragt“.

Bernd Krömer, Generalsekretär der CDU Berlin, hat das Wahlprogramm der Grünen gelesen. Sein Fazit: „Ein weichgespültes Kuschelprogramm, das mehr verschweigt als es aussagt. Nachdem Frau Künast den Wahlkampfauftakt hoffnungslos vergurkt hat, verliert sie

sich jetzt im Ungefähren, um bloß kein Fettöpfchen mehr zu treffen.“

\* (Berliner Kurier am 3. Februar 2011 über den Grünen-Programmwurf)

## Die Berliner Rundschau wirft Schlaglichter auf die politischen Inhalte der Grünen:

- **Steuern und Haushalt:** Haushaltssanierung durch Steuererhöhungen: 150 Millionen Euro mehr Gewerbesteuer, 40 Millionen „City-Tax“ (Touristensteuer).
- **Mieten:** Vater Staat soll's richten. Die Grünen wollen Kommunen ermächtigen, mit Zehnjahresdeckelungen gegen hohe Neu-Mieten vorzugehen. O-Ton: „Mittelfristig wollen wir den Anteil landeseigener Wohnungen am Wohnbestand auf 15 Prozent erhöhen“. Finanzierungsvorschläge machen die Grünen nicht. In früheren Programmen legten die Grünen einen Schwerpunkt auf Mieterprivatisierung – das tun sie nun nicht mehr.
- **Wahlalter:** Die Grünen wollen das Wahlalter zum Abgeordnetenhaus auf 16 Jahre absenken.
- **Verkehr:** Die Grünen lehnen den Weiterbau der Autobahn 100 ab. Gleichzeitig will sich Künast „aber nicht festlegen, dass mit den Grünen einer nächsten Regierungskoalition darüber nicht noch einmal verhandelt werden

könnte“, berichtet die Berliner Morgenpost. Die Grünen fordern Tempo 30 im Stadtverkehr.

- **Bildung:** „Zur Zukunft der Gymnasien findet sich im Wahlprogramm keine Aussage“, stellt die Berliner Morgenpost fest. Das gleiche gilt für die Verbeamtung von Lehrern, welche Künast zunächst gefordert und damit Irritationen in ihrer Partei ausgelöst hatte.

- **Wirtschaft:** Berliner Morgenpost: „Die Grünen ... setzen auf E-Mobility und die Gesundheitswirtschaft. Hier gibt es deutliche Parallelen ... mit den Vorhaben der Berliner CDU.“ Denn dort haben die Grünen offensichtlich abgeschrieben.

- **Großflughafen Berlin-Brandenburg International:** „BBI“ soll plötzlich „leistungsstark und mit Interkontinentalverbindungen ausgestattet“ sein. Künast hatte zum fast fertig gebauten Flughafen eine öffentliche Grundsatzdebatte lostreten wollen.



## BEIM LETZTEN VERSUCH ...

Der Osten Deutschlands ist nicht eben als Karnevalshochburg bekannt. Die Linkspartei-Vorsitzende Gesine Löttsch hat das trotzdem nicht abgehalten, närrische Zeiten anbrechen zu lassen. „10.000 Wege zum Kommunismus“ gebe es, ließ sie die erstaunte Öffentlichkeit via Linksextremisten-Fachblatt „Junge Welt“ wissen. Man habe halt noch nicht alle ausprobiert und solle das mal nachholen.

Wer anderer Meinung ist, wurde bei erster Gelegenheit am Rande einer Linksextremistenkonferenz gleich mal angepöbelt und krankenhausreif geschlagen. Rosa Luxemburg und das mit dem Umgang mit anders Denkenden haben die also auch nicht verstanden.

Was Löttsch und ihr linkes Sektiererumfeld gern verschweigen, sind die weltbekannten Errungenschaften aller bisherigen Versuche, den Weg zum Kommunismus zu finden. Sie heißen Versorgungskrise, Innovationsschwäche, Stasi, KGB, Folter, Mauerbau, Schießbefehl und Gulag. Auf den Punkt bringt dies der Kabarettist Dieter Nuhr: „Beim letzten Versuch sind je nach Zählung 80 bis 100 Millionen Menschen gestorben. Macht nix, es sind ja noch welche da. Also kann man es noch mal versuchen“.

Verzichten wir darauf. Wohlstand für alle oder doch zumindest die meisten Menschen hat bislang erst eine Kombination aus Staats- und Wirtschaftssystem gefunden: westliche Demokratie mit sozialer Marktwirtschaft

# Die Präsidentin über Flugrouten und

**BR:** Frau Dr. Bergmann-Pohl, nach Ihrem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag haben Sie sich weiterhin vielfältig politisch engagiert. Seit vergangenem Jahr sind Sie Schirmherrin des „Bündnisses Berlin-Brandenburg gegen neue Flugrouten“.

! Das Bündnis setzt sich dafür ein, dass die ursprünglichen Flugrouten, auf denen das Planfeststellungsverfahren basiert, verbindliche und alleinige Grundlage aller weiteren Flugroutenplanungen sind. Das ist die Variante, die jahrelang kommuniziert wurde und darauf müssen sich die Menschen verlassen können. Alles andere ist ein Affront gegen politisch verlässliches Handeln. Schließlich ist die Lebensplanung ganz vieler Menschen davon abhängig.

**BR:** Haben Sie eine Erklärung dafür, warum die Informationen über die geänderten Flugrouten den Betroffenen bis vor kurzem vorenthalten wurden?

! Darüber kann man nur spekulieren. Fakt ist, dass die Verantwortlichen seit 1998 Kenntnis davon hatten und das nicht an die Öffentlichkeit kommuniziert wurde. Solche Winkelzüge zerstören das Vertrauen der Bürger in die Demokratie.

**BR:** Welche Rolle spielt der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit (SPD), in dieser Angelegenheit?

! Als Aufsichtsratsvorsitzender der Berliner Flughafengesellschaft war er stets in alle Vorgänge eingebunden und wusste seit Jahren über alles Bescheid. Nun versucht er plötzlich, sich an die Spitze der Flugrouten-Bewegung zu stellen – das ist mehr als ungläubwürdig.

**BR:** Was ist das Ziel des „Bündnisses Berlin-Brandenburg gegen neue Flugrouten“?



! Das Bündnis wird weiterkämpfen für eine Variante, die die wenigsten Menschen mit Fluglärm belastet.

**BR:** Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger demonstrieren auf sogenannten „Montagsdemos“ gegen die neuen Flugrouten. Der Begriff der „Montagsdemonstration“ wurde in der Zeit der friedlichen Revolution geprägt, als Hunderttausende Ostdeutsche gegen die SED-Diktatur auf die Straße gingen. Diese Massenproteste führten schließlich zum Fall der Mauer, im März 1990 kam es zur ersten freien Volkskammerwahl. Sie wurden Volkskammerpräsidentin und waren damit das letzte Oberhaupt eines bereits vergangenen Staates.

Das stimmt, doch den Job des Staatsoberhauptes habe ich – wenn

man das in Führungszeichen so sagen darf – eher nebenbei erledigt. Der Kernpunkt meiner politischen Arbeit lag in der Volkskammer. Die Aufgabe als Volkskammerpräsidentin hat mich deutlich mehr gefordert. Die Volkskammer hatte 1990 schließlich die Aufgabe, den Weg zur Wiedervereinigung zu bereiten.

**BR:** Gibt es im Rückblick etwas, was man auf diesem Weg zur Wiedervereinigung hätte anders machen sollen?

! Zunächst einmal darf man ja nicht vergessen, dass das zeitliche Fenster zur Wiedervereinigung sehr eng war und wir alle vor großen Herausforderungen standen. Eine der größten Herausforderungen war das Überführen des Unrechtssystems der DDR in ein Rechtssystem – und zwar ohne, dass den Ostdeutschen dabei ein weiteres Mal Unrecht widerfährt. Das war nicht einfach, ich denke da zum Beispiel an Eigentumsfragen und dergleichen. Wir mussten



# Vereinigungserfahrungen

Dr. Sabine Bergmann-Pohl wurde 1946 in Eisenach geboren und arbeitete nach ihrem Medizinstudium als Lungenfachärztin in Ost-Berlin. 1981 trat sie der Ost-CDU bei. Nach der ersten freien Volkskammerwahl in der Geschichte der DDR am 18. März 1990, aus der die CDU mit 40,8 Prozent der Wählerstimmen als klarer Sieger hervorging, wurde Bergmann-Pohl Volkskammerpräsidentin und damit zugleich Staatsoberhaupt.

Am 23. August 1990 verkündete sie den Beitritt zur Bundesrepublik und somit das formale Ende der DDR. Nach der Wiedervereinigung war Bergmann-Pohl kurze Zeit Bundesministerin für besondere Aufgaben und von 1991 – 1998 Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium. 2002 schied sie nach 12 Jahren aus dem Bundestag aus und wurde kurze Zeit später Präsidentin des Berliner Landesverbandes des Deutschen Roten Kreuzes.

uns da auch auf die Erfahrungen der Beamten der Bundesrepublik verlassen. Im Nachhinein denke ich, hätten wir etwas mehr Zeit gehabt, hätten wir vielleicht etwas selbstbewusster in den juristischen Prozess eingreifen können. Dennoch halte ich den Einigungsvertrag für ein insgesamt gelungenes Werk, das ich in keiner Weise in Frage stellen möchte. Wir hätten nur einige Punkte intensiver diskutieren müssen – wie die Frage der Anerkennung der Berufsabschlüsse oder hinsichtlich der Treuhand.

**BR: Wenn man sich Aussagen von einigen Politikern der SPD oder der Grünen in Erinnerung ruft, die diese kurz vor dem Fall oder auch nach dem Fall der Mauer gemacht haben, wird deutlich, dass sie wenig bis gar nichts von der deutschen Wiedervereinigung hielten. Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) hatte teilweise mit heftigem Gegenwind zu kämpfen. Wäre es Ihrer**

**Meinung nach anders gelaufen, wäre Kohl 1989/1990 nicht Bundeskanzler gewesen?**

! Ich bin mir sicher, dass Helmut Kohls fester Wille zur Wiedervereinigung Deutschlands der Hauptantriebsmotor war. Hätten damals andere politische Kräfte gewirkt, hätte die ganze Sache eine andere Entwicklung genommen. Man muss das auch vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der damaligen Sowjetunion betrachten. Noch 1989 haben die Berliner SPD und die Berliner Alternative Liste in ihrem Koalitionsvertrag darauf beharrt, dass es eine europäische Friedensordnung nur mit zwei gleichberechtigten deutschen Staaten geben könne, die ihre Existenz nicht gegenseitig in Frage stellen. Das war eine völlig falsche Einschätzung, wie wir heute wissen. Ich denke, diese Aussage macht mehr als deutlich, was passiert wäre, wie SPD und Grüne gehandelt hätten, wären sie damals Teil der Bundesregierung gewesen. Ausdrücklich ausnehmen von dieser Beurteilung möchte ich Willy Brandt, der zumindest 1990 den Einigungsprozess unterstützt hat.

**BR: Sie waren nicht nur das letzte Staatsoberhaupt der DDR, sondern auch das erste weibliche Staatsoberhaupt in Deutschland. Nun wird das wiedervereinigte Deutschland seit 2005 von einer ostdeutschen Bundeskanzlerin regiert. Wie empfinden Sie das?**

! Das ist ein großer Erfolg. Überhaupt ist es ein Erfolg, dass es eine Frau ist, die die Regierung unseres Landes anführt, darüber hinaus freut es mich auch, dass es eine ostdeutsche Frau ist. Und Angela Merkel macht ihren Job sehr gut. Sie genießt international hohes Ansehen.

**BR: Häufig ist von der sogenannten „inneren Einheit“ Deutschlands die Rede. Wie beurteilen Sie den Stand der inneren Einheit?**

! Die innere Einheit Deutschlands ist noch nicht vollendet. Das ist auch eines der wichtigsten Themen meiner Reden und Vorträge. Ein Hauptproblem ist, denke ich, dass ein nicht unbeachtlicher Teil der Bürger der alten Bundesländer immer noch der Meinung ist, die Wiedervereinigung betreffe nur die Ostdeutschen. In Wahrheit ist aber ganz Deutschland von diesen Veränderungen betroffen. Ich würde mir mehr Sensibilität im Umgang mit den Problemen gerade der älteren Generation der

Ostdeutschen wünschen. Diese Menschen hatten viele Lebensbrüche im gesellschaftlichen, im beruflichen und im rechtlichen Bereich zu verkraften. Das sollte man respektieren.

**BR: Was können wir alle für die innere Einheit tun?**

! Wir dürfen nicht aufhören, unsere Lebenserfahrungen aus den unterschiedlichen Systemen untereinander auszutauschen. Wir müssen einander zuhören. Es muss klar sein: Man kann als Ostdeutscher über 40 Jahre in einem Unrechtsstaat wie der DDR gelebt, aber trotzdem ein anständiges Leben geführt haben. Man sollte auch nicht den Fehler begehen, alles aus der Sichtweise eines freiheitlich-demokratischen Systems wie der Bundesrepublik zu betrachten. Die Realität in der DDR war leider eine andere.



**BR: Wie betrachten Sie vor diesem Hintergrund die Ausführungen der Bundesvorsitzenden der Linken, Gesine Löttsch, zum Thema Kommunismus?**

! Wissen Sie, die deutsche Wiedervereinigung war für mich eines der glücklichsten Geschenke in meinem Leben. Das hat mich alles sehr geprägt. Daher kann ich nicht verstehen, wie man nach allem, was geschehen ist, eine Koalition mit der Linken eingehen oder anstreben kann, wie die SPD es tut. Die Äußerungen von Frau Löttsch haben doch wieder einmal deutlich gemacht, welche Ziele die Linke in Wahrheit verfolgt. Mir fehlt der Glaube an die demokratische Gesinnung dieser Partei. Für mich steht fest: Ich will keine zweite DDR.

# Deutsche Wirtschaft startet mit Rückenwind ins neue Jahr



Deutschland und die deutsche Wirtschaft starten mit Rückenwind ins neue Jahr. Kai Wegner, Vorsitzender der Berliner Landesgruppe im Deutschen Bundestag, blickt mit Zuversicht

nach vorn: „Der Jahreswirtschaftsbericht 2011 ‘Deutschland im Aufschwung – den Wohlstand von morgen sichern’ bescheinigt Deutschland das höchste Wirtschaftswachstum und die beste Beschäftigungsentwicklung seit der Wiedervereinigung.“ Nach 3,6 Prozent Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr würden in diesem Jahr mindestens 2,3 Prozent erzielt. Damit sei das Wirtschaftswachstum in Deutschland doppelt so hoch wie der Durchschnitt des Wirtschaftswachstums in Europa. Der Aufschwung komme bei den Menschen an, erläutert Wegner, der für die Union im Wirtschaftsausschuss ist: „Neben dem Export ist erstmalig auch die Binnennachfrage mit einem Plus von 1,6 Prozent ein zentraler Wirtschaftsmotor.“

Besonders erfreulich: Der Arbeitsmarkt ent-

wicke sich weiterhin positiv. So werde die Arbeitslosigkeit in die-

sem Jahr erstmals unter die Zweieinhalb-Millionen-Grenze sinken. „Mit über 41 Millionen Menschen, die in Arbeit sind, verzeichnen wir die höchste Beschäftigung seit Jahrzehnten“, so Wegner. Konkret heiße das: 100.000 Arbeitsplätze mehr führen zu Mehreinnahmen der Sozialversicherung in Höhe von 80 Millionen Euro und zu rund 600 Millionen Euro Steuereinnahmen. Im Gegenzug könnten Ausgaben zum Beispiel für die Arbeitslosenversicherung in einer Größenordnung von 1,5 bis 1,6 Milliarden Euro gespart werden. Wegner: „Dies zeigt deutlich: Es war richtig, Konjunkturpakete in der Krise zu schnüren, um der Wirtschaft unter die Arme zu greifen. Nun ist die Wirtschaft gefestigt, die Konjunkturpakete können auslaufen.“

Der Aufschwung kommt bei den Menschen an



Wegner bezeichnet es als richtig, Kurzarbeit einzuführen und eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik zu verfolgen. Dadurch seien die internationale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und Arbeitsplätze gehalten bzw. geschaffen worden. Dies komme auch den Beschäftigten zugute. „Die Prognose für dieses Jahr zeigt, dass

das verfügbare Einkommen in Deutschland ansteigen wird. Ziel ist, dass den Menschen mehr im Geldbeutel bleibt und somit mehr ausgegeben und investiert werden kann. Das kurbelt wiederum die Binnennachfrage an.“

Wegner sieht die Bundesregierung auf dem richtigen Weg. Der eingeschlagene Kurs werde konsequent weitergeführt. Wegner: „Dann wird Deutschland auch in den kommenden Jahren die Lokomotive Europas und der wirtschaftlichen Entwicklung bleiben.“



## Hartz-IV-Reform

### „Auf das Wesentliche konzentrieren“

**In der Debatte um die Hartz IV - Reform hat Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) dazu aufgerufen, sich „auf das Wesentliche zu konzentrieren“.**

Die Gespräche sollten nicht überfrachtet werden, sagte von der Leyen. Es gebe eine „lange Tradition, in grundlegenden sozialpolitischen Fragen einen breiten Konsens herzustellen“, so die Bundesarbeitsministerin, diese Haltung sollte die Basis für die weiteren Verhandlungen sein. Von der Leyen unterstrich dabei die Bedeutung des vorgeschlagenen Bildungspaketes: „Mit diesem Bildungspaket schreiben



wir Sozialgeschichte“. Kinder erhielten damit einen Rechtsanspruch beispielsweise auf Lernhilfen und Teilnahme an Schulveranstaltungen. Das Paket sei ein „Rechtsanspruch auf Lebenschancen“. Von der Leyen wies auch auf die vorgeschlagene, nachhaltige Entlastung der Kommunen hin. „Kinder und Kommunen“ seien die Gewinner der Verhandlungen, so die Ministerin. Unterdessen kritisierte der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Hermann Gröhe, das Verhalten der Opposition in den Hartz IV

- Verhandlungen: „Wer mit immer neuen milliardenschweren und sachfremden Forderungen die Verhandlungen torpediert, hat nie wirklich eine Einigung gewollt, sondern missbraucht das Vermittlungsverfahren.“ Union und FDP seien der Opposition während des Vermittlungsverfahrens in zahlreichen Punkten weit entgegen gekommen, so Gröhe. „Unsere Ziele sind dabei bessere Bildungschancen für Kinder, die angemessene Unterstützung Langzeitarbeitsloser, aber auch eine deutliche Entlastung der Städte und Gemeinden“, erklärte der CDU-Generalsekretär. Doch die Opposition habe die ihr gereichte Hand ausgeschlagen. Union und FDP hoffen nun auf eine Einigung im Bundesrat. „Die Ministerpräsidenten der SPD müssen nun öffentlich Farbe bekennen, ob für sie die Parteitaktik tatsächlich wichtiger ist als das Wohl der Betroffenen und ihrer Kinder“, so Gröhe abschließend.

# Aus dem Bundestag



## CDU-Kulturgesprächskreis besucht Alliiertenmuseum



Vor kurzem konnte Monika Grütters erneut eine Gruppe kulturinteressierter Mitglieder der CDU Berlin zu einem ihrer Kulturgespräche einladen. Gemeinsam mit ihren Gästen ließ sich Monika Grütters von der Direktorin des Alliiertenmuse-

ums, Dr. Gundula Bavendamm (beide im Foto), durch die umfangreiche Ausstellung des Hauses führen. Dabei besichtigten die Besucher neben der Dauerausstellung auch die großen Objekte, die

das Alliiertenmuseum auf seinem Freigelände zugänglich gemacht hat. Neben dem berühmten Flugzeug, einer Hastings TG 503, gehören dazu auch ein erhaltenes Kontrollhäuschen des Checkpoint Charlie sowie Originalsegmente der Berliner Mauer.



## Politik von besonderem Schlag



Vitali Klitschko hat auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung Berlin besucht - nicht als Boxweltmeister, sondern als Politiker. Klitschko ist Vorsitzender der neuen ukrainischen Partei „Udar“ (zu Deutsch: Schlag). Gemeinsam mit seiner siebenköpfigen Delegation hat er zahlreiche Termine in der Hauptstadt absolviert und ist auch mit Karl-Georg Wellmann,

Obmann der CDU/CSU-Fraktion für Auswärtiges, zusammengetroffen. Die vor einem Jahr gegründete Partei zählt inzwischen 10.000 Mitglieder und ist in 15 Regionalparlamenten vertreten. Doch:

Sie ist nur eine von 180, nur ein kleiner Prozentteil der Ukrainer würde sie momentan wählen. Das soll sich ändern. Klitschkos Partei hat große Ziele, strebt nach europäischen Standards wie sozialer Marktwirtschaft, demokratischen Werten und dem Schutz der Bürgerrechte. Wellmann: „Vitali Klitschko verdient unsere Unterstützung. Zusammen mit der Adenauer-Stiftung



versuchen wir ihm zu helfen, konkrete Vorhaben, etwa ein Parteiprogramm, zu entwickeln“.

## Vogelsang kritisiert rot-rote Doppelmoral



Eine Sozialneidkampagne und verlogene Doppelmoral hielt die Neuköllner Abgeordnete Stefanie Vogelsang der LINKEN in einer hitzig geführten Bundestagsdebatte vor: „Hier soziale Ungleichheiten beklagen, gleichzeitig aber die Berliner mit organisierter Verantwortungslosigkeit bestrafen.“ Der rot-rote Senat habe Sozialhilfe- und Pflegeleistungen gestrichen, das Blindengeld gekürzt und bei der Beförderung von behinderten Menschen zugelangt. Zudem seien Beratungsstellen für Sehbehinderte geschlossen, alle Tuberkulosefürsorgestellen bis auf eine einzige aufgelöst und die Schließung

zahnärztlicher Versorgung für schwerstbehinderte Kinder betrieben worden. Ein echter Skandal sei auch die Ausstattung der Gesundheitseinrichtungen in den Berliner Bezirken. „Alleine hier wurden 550



Stellen mit dem Ergebnis gestrichen, dass die Einschulungsuntersuchen zum Teil erst stattfinden, wenn die Kinder zur Schule gehen. Gleichzeitig machen Fehlentscheidungen das Leben in Berlin teuer: Wasserpreise rauf, Entsorgungskosten und Sozialmieten rauf, Verwaltungsgebühren und ÖPNV-Preise rauf. Tausende Wohnungen wurden an Hedgefonds verkauft und im Bundestag fragen, was die Bundesregierung gegen Gentrifizierung in städtischen Wohngebieten tut,“ kritisierte Vogelsang.

## Pizza macht Zukunft in Reinickendorf



Sein Wahlkreis liegt Frank Steffel sehr am Herzen. Deshalb ist er für Reinickendorf ständig unterwegs. Pizza und ein großartiges Bildungsversprechen: Das ist das Rezept der Freiburger Lebensmittel GmbH, die mitten in Reinickendorf Pizza für alle Welt produziert und dabei versucht, Jugendlichen die Wichtigkeit eines Schulabschlusses nahe zu bringen. Dafür lockt sie mit Ausbildungsplätzen, die Zukunft haben. Das gibt nicht nur den Schülern der benach-

barten Greenwich-Schule Hoffnung. Die Firma bietet insgesamt 1.900 Menschen Arbeit. Seit der Gründung des ersten Werks 1986 in Reinickendorf wächst sie kontinuierlich.



Frank Steffel war dort gemeinsam mit dem Reinickendorfer Bezirksbürgermeister Frank Balzer (Foto) zu Besuch und lobt die Firma sehr: „Vor einem Unternehmen, das durch Zuverlässigkeit und Qualität dauerhaft überzeugt und in die Zukunft investiert, indem es junge Leute fördert, kann ich nur den Hut ziehen!“

## Luczak besucht Truppe in Afghanistan



Der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak besuchte unlängst die in Mazar-e-Scharif stationierten Bundeswehrsoldaten. Luczak: „Mir war es wichtig, unseren Soldaten, die mit großem Einsatz unter schwierigsten Bedingungen unsere Freiheit und unsere Sicherheit verteidigen, meine Anerkennung und meinen Respekt zu zollen.“ Zugleich wollte Luczak vor der Mandatsverlängerung im Januar 2011 einen Eindruck vor Ort gewinnen. Details über den Einsatz erfuhr Luczak dann nicht nur von Generalmajor Hans-Werner Fritz, dem ISAF-Kommandeur des Regionalkommandos Nord in Afghanistan, sondern von einem Soldaten aus Tempelhof-Schöneberg. Das Ende der Reise war bewegend: die Teilnahme an der Trauerzeremonie für einen Bundeswehrsolda-



ten. Luczak: „Mir wurde sehr deutlich vor Augen geführt, dass es bei der Entscheidung zur Mandatsverlängerung wirklich um Leben und Tod geht. Für die Soldaten ist es ein wichtiges Signal, dass die Abgeordneten sie nicht allein lassen.“

# DIE CDU IN DEN BERLINER BEZIRKEN

## GESCHÄFTSSTELLEN UND BÜRGERBÜROS

### Reinickendorf

Großkopfstraße 6-7, 13403 Berlin  
Tel.: 496 12 46, Fax : 496 30 53  
Email: [info@cdu-reinickendorf.de](mailto:info@cdu-reinickendorf.de)  
Internet: [www.cdu-reinickendorf.de](http://www.cdu-reinickendorf.de)

### Spandau

Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin  
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23  
Email: [info@cdu-spandau.de](mailto:info@cdu-spandau.de)  
Internet: [www.spandau-partei-cdu.de](http://www.spandau-partei-cdu.de)

### Charlottenburg-Wilmersdorf

Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin  
Tel.: 341 35 34, Fax: 341 02 50  
Email: [info@city-cdu.de](mailto:info@city-cdu.de)  
Internet: [www.city-cdu.de](http://www.city-cdu.de)

### Steglitz-Zehlendorf

Clayallee 349, 14169 Berlin  
Tel.: 791 17 89, Fax: 797 011 71  
Email: [kontakt@cdusz.de](mailto:kontakt@cdusz.de)  
Internet: [www.cdusz.de](http://www.cdusz.de)

### Tempelhof-Schöneberg

Tempelhofer Damm 158/160, 12099 Berlin  
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74  
Email: [service@cdu-tempelhof-schoeneberg.de](mailto:service@cdu-tempelhof-schoeneberg.de)  
Internet: [www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de](http://www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de)

### Mitte

Levetzowstr. 10, 10555 Berlin  
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144  
Email: [kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de](mailto:kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de)  
Internet: [www.cdumitte.de](http://www.cdumitte.de)

### Neukölln

Donaustr. 100 , 12043 Berlin  
Tel.: 687 22 99, Fax: 681 77 41  
Email: [info@cdu-neukoelln.de](mailto:info@cdu-neukoelln.de)  
Internet: [www.cdu-neukoelln.de](http://www.cdu-neukoelln.de)

### Pankow

Prenzlauer Promenade 179, 13189 Berlin  
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377  
Email: [kgs@cdupankow.de](mailto:kgs@cdupankow.de)  
Internet: [www.cdupankow.de](http://www.cdupankow.de)

### Lichtenberg

Siegfriedstr. 204 C, 10365 Berlin  
Tel.: 9760 1933, Fax: 9760 1928  
Email: [info@cdulichtenberg.de](mailto:info@cdulichtenberg.de)  
Internet: [www.cdulichtenberg.de](http://www.cdulichtenberg.de)

### Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)

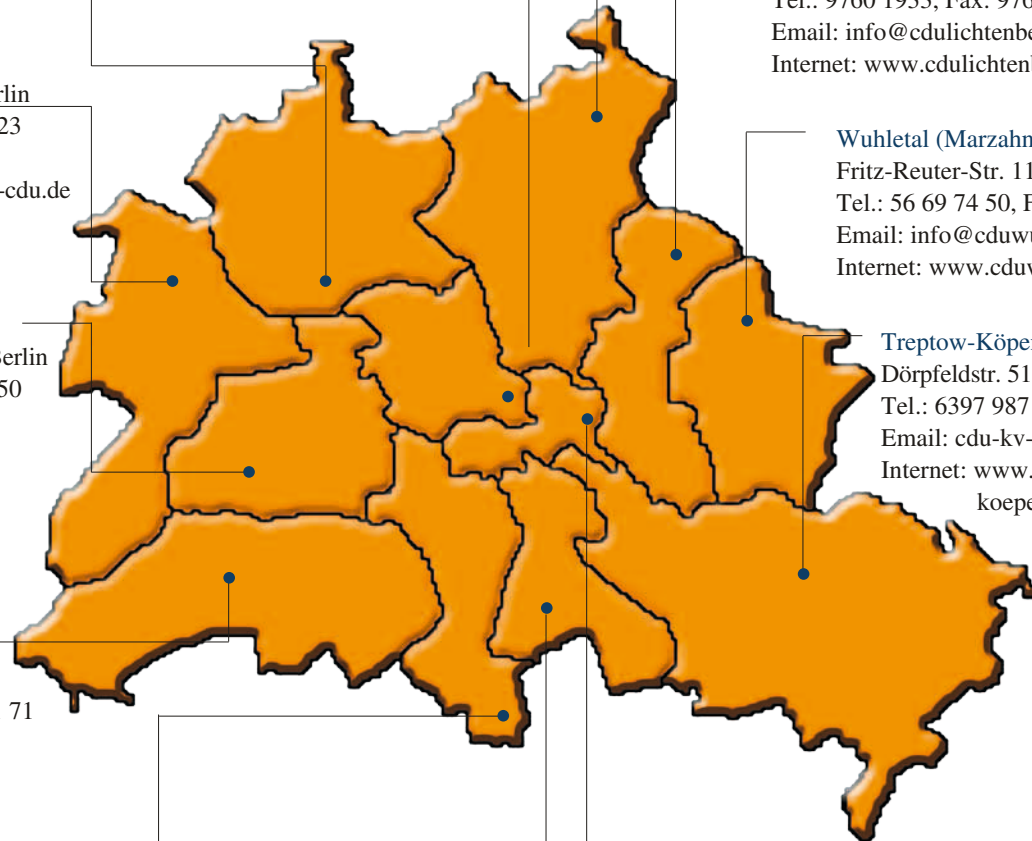
Fritz-Reuter-Str. 11, 12623 Berlin  
Tel.: 56 69 74 50, Fax: 56 69 74 55  
Email: [info@cduwuhletal.de](mailto:info@cduwuhletal.de)  
Internet: [www.cduwuhletal.de](http://www.cduwuhletal.de)

### Treptow-Köpenick

Dörfeldstr. 51, 12489 Berlin  
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872  
Email: [cdu-kv-tk@arcor.de](mailto:cdu-kv-tk@arcor.de)  
Internet: [www.cdu-treptow-koepenick.de](http://www.cdu-treptow-koepenick.de)

### Friedrichshain-Kreuzberg

Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin  
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582  
Email: [info@friedrichshain-kreuzberg-cdu.de](mailto:info@friedrichshain-kreuzberg-cdu.de)  
Internet: [www.friedrichshain-kreuzberg-cdu.de](http://www.friedrichshain-kreuzberg-cdu.de)



CDU-Landesverband Berlin,  
Kleiststraße 23-26  
10787 Berlin  
Tel.: 030 - 32 69 04-0  
Fax: 030 - 32 69 04 -44

REDAKTIONSLEITUNG:  
Frank Henkel

## HERAUSGEBER UND HERSTELLUNG

CHEFREDAKTEUR :  
Dirk Reitze

REDAKTION:  
Ada Wendel, Malte Priesmeyer,  
Jennifer Hampel, Frank Fielitz

LAYOUT und PRODUKTION:  
BerlinMedia GmbH

BILDNACHWEIS:  
von oben links nach unten rechts:

S. 1: Martin U. K. Lengemann;  
S. 2 – 5: Reitze; S. 6: iStock/nsfphoto;  
S. 7 – 9: Reitze; S. 10: privat, 2 x Reitze;  
S. 11 – 14: privat, Klein; S. 15 – 16: Reitze

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
Erscheinungsweise: Erscheint einmal im Quartal

# Union vor Ort

## CDU spendet Obst an die Berliner Tafel

Vor lauter Begeisterung fehlte den Delegierten des Landesparteitages (siehe auch Seiten 3 – 5 dieser Ausgabe) die Zeit, das im Saal angebotene Obst zu verspeisen. Daher spendete der **CDU Landesverband Berlin** die kistenweise übrig gebliebenen frischen Äpfel,



Bananen und Mandarinen an die gemeinnützige Organisation Berliner Tafel e.V. Die Berliner Tafel ist die älteste Tafel Deutschlands. Seit 1993 sammeln die Mitglieder, Helferinnen und Helfer der Berliner Tafel gespendete Lebensmittel und geben sie an soziale und karitative Einrichtungen in der Hauptstadt weiter. Zu diesen Einrichtungen zählen unter anderem Wärmestuben, Suppenküchen und Schulen. Weitere Informationen zur Berliner Tafel finden Sie im Internet unter [www.berliner-tafel.de](http://www.berliner-tafel.de)

## Ehrung für Ronald Reagan

Anlässlich des 100. Geburtstags des 40. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Ronald



Reagan († 2004), zeigte die **Junge Union Berlin** am 6. Februar 2011 im wahrsten Sinne des Wortes

Flagge. Gemeinsam mit den CDU-Wahlkreiskandidaten **Danny Frey-mark**, **Martin Pätzold** und **Fabian Peter** erklärte der **JU-Vorsitzende Conrad Clemens**: „Wir wollen ein Zeichen setzen: Die junge Generation hat im Gegensatz zum roten Senat nicht vergessen, was Reagan für Berlin getan hat.“ Der Senat hatte keine offizielle Veranstaltung organisiert. Bundesminister Karl-Theodor zu Guttenberg hielt eine Rede zu Ehren des früheren US-Präsidenten.

## Monika Grütters trifft amerikanischen Stipendiaten

**Monika Grütters** traf sich mit Joshua Tafoe, einem jungen Amerikaner, der im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms



des Deutschen Bundestags bei einer Gastfamilie in Marzahn-Hellersdorf lebt. Obwohl er erst seit einem halben Jahr in Deutschland ist, spricht er schon fast fließend Deutsch. Nach Abschluss der Schule möchte er Schauspieler werden. Monika Grütters ließ es sich nicht nehmen, dem jungen Amerikaner (im Foto bei den Gasteltern) einige Theaterstücke und Ausstellungen besonders zu empfehlen.

## Luczak schaltet sich in Diskussion um Asylbewerberheim ein

Auf Bitten besorgter Lichtenrader Bürger hat sich der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Jan-Marco Luczak**



(CDU) in die Diskussion um die Pläne für ein Asylbewerberheim in Lichtenrade eingeschaltet. Offenbar hatte der rot-rote Senat vor, in der Augsburgener Straße ein Heim einzurichten. Dort muss das Franz-Neumann-Haus im Rahmen eines Insolvenzverfahrens zum 31. März 2011 schließen. Bei den jüngsten Verkaufsverhandlungen zeigte der Senat starkes Interesse an der Nachnutzung des Gebäudes als Asylbewerberheim, so **Joachim Brockmeyer**, Geschäftsführer der

AWO Seniorenheim gGmbH, in einem Brief an Luczak. Luczak (im Foto rechts mit den Anwohnern Christa und Hartmut Lengfeld) hatte den Kontakt mit Brockmeyer gesucht und schnellstens um Klärung gebeten. Luczak warnt: „Wenn das Haus zum Verkauf steht, ist keineswegs ausgeschlossen, dass der künftige Käufer das Haus zum Asylbewerberheim umgestaltet. Eine solche Einrichtung passt sich aber nicht in das Einfamilienhausgebiet rund um die Augsburgener Straße ein.“

## 10 Tage im Fokus der Filmwelt

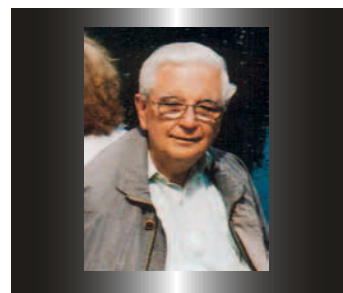
Anlässlich der 61. Berlinale wünscht der medienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Christian Gojny**, den Organisatoren,



allen voran Festivaldirektor **Dieter Kosslick** (beide im Bild) sowie allen Teilnehmern viel Erfolg. In diesem Zusammenhang fordert die Berliner CDU den Senat auf, angesichts des steigenden Konkurrenzdruckes der Länder Bayern und NRW ein Konzept zur Weiterentwicklung der Film- und Kinostadt Berlin noch vor den Wahlen vorzulegen. Zudem befürwortet die CDU den Aufruf der Internationalen Filmfestspiele Berlin zur Unterstützung des verurteilten iranischen Regisseurs Jafar Panahi, der sich kritisch mit der sozialen Situation in seinem Heimatland auseinandersetzt. Seine Verurteilung zu 6 Jahren Haft und 20 Jahren Berufsverbot ist ein Verstoß gegen die Meinungsfreiheit und die Freiheit der Kunst.

## Trauer um den ehemaligen Kreisvorsitzenden Dr. Winfried Cichy

Der CDU-Ortsverband Köpenick trauert um den ehemaligen Vorsitzenden des CDU-Kreisverbandes Köpenick, **Dr. Winfried Cichy**. Dr. Cichy war Kreisvorsitzender und gleichzeitig Ortsvorsitzender



nach der friedlichen Revolution in der DDR bis 1996. Mit seiner ausgleichenden Art hat er die schwierigen Anfangsjahre der Union im Südosten des wiedervereinigten Berlins geprägt. In einem Trauergottesdienst in der katholischen St. Josef Kirche gedachten zahlreiche Parteifreunde ihres langjährigen Vorsitzenden.

# Berlin ist die Stadt der Superlative – leider auch der wenig positiven!



## GASTKOMMENTAR

**B**erlin hat bundesweit die höchste Arbeitslosigkeit, die höchste Kinderarmut, die höchste Zahl von Transferleistungsempfängern. Berlin ist die Stadt mit der höchsten Schuldenlast (66 Milliarden Euro). Jedes Berliner Baby bekommt fast 18.000 Euro Schulden in die Wiege gelegt, fünfmal mehr als in München! Beim Wirtschaftswachstum hält Berlin die Schlusslaterne. Da mag man fast schon in Jubel darüber ausbrechen, dass Berliner Schüler beim Pisa-Vergleich „nur“ im hinteren Feld, aber immerhin vor Hamburg, landeten.

**A**uch dies ein trauriger Rekord: Berlin ist die Hauptstadt des Verbrechens! Auf 100.000 Einwohner kommen jährlich fast 2.000 Gewaltdelikte – so viele wie in keiner anderen deutschen Stadt. Täterschutz geht (besonders) in Berlin nicht selten vor Opferschutz. Bus- und U-Bahnfahrer treten verängstigt ihre Nachtschichten an. Sie werden geschlagen, bespuckt und gedemütigt. Unter den Augen der hilflosen oder hilflos gemachten Polizei wird gedealt, gekifft, gefixt und gekokst. Wer abends noch im Kiez unterwegs ist, kann froh sein, nicht angepöbelt zu werden und heil nach Hause zu kommen. Angst der Bürger gehört zum Alltagsbewusstsein.

**D**eprimierend die Offenbarung der mutigen Richterin Kirsten Heisig, kurz bevor sie sich das Leben nahm: „Wenn einer vor mir steht mit 60 oder 80 Straftaten, dann muss ich nicht mehr anfangen mit Geboten und Weisungen. Wir stehen mit dem Rücken zur Wand!“

**D**ie Hauptstadt ist gründlich in Verruf geraten und es ist zu fragen: Wer trägt die Schuld; welch linkes Fürstentum prägt die Stadt? Was passiert, wenn Rote und Grüne offen mit Hausbesetzern sympathisieren: Da wagt dann ein grüner Bürgermeister sogar in Kenntnis der politischen Subkultur, demonstrativ „Parallelgesellschaften“ in Ordnung zu finden - also Tabuzonen außerhalb der deutschen Kultur, Sprache und Ordnungsrahmen.

Hans-Erich Bilges (geb. 1944) war bis 2005 Gründer, Vorstand und Gesellschafter der WMP AG. Er war 1989 bis 1998 Chefredakteur für redaktionelle Planungs- und Entwicklungsaufgaben bei Gruner und Jahr. Von 1976 bis 1989 gehörte er der BILD-Chefredaktion an. Davor leitete er zwei Jahre lang das Bonner Büro von BILD und BILD am SONNTAG, nachdem er ab 1968 sechs Jahre lang Redakteur der WELT war. Heute ist Bilges geschäftsführender Gesellschafter einer Consultinggesellschaft.

Zitieren wir die Moderatorin Elke Heidenreich im Magazin der „Süddeutschen Zeitung“: „Lieber würde ich mir ohne Betäubung die Beine absägen, als in Berlin zu wohnen. Schrecklich.“

**V**ielleicht hatte die schnoddrige Heidenreich bei ihrem Interview im SZ-Magazin gerade die Chaos-Tage in der Liebigstraße vor Augen, wo die terroristische Hausbesetzer-Szene wie in einem gesetzlosen Biotop (allerdings mit „Mietvertrag“!) ganz nach Belieben eine Schneise der Zerstörung durch die Bezirke zog: Dabei weiß die Polizei ganz genau, wo die Banausen hausen. „Deeskalierung“ nennt man das in Berlin, wenn sich die Staatsmacht von gewalttätigen Chaoten zum Narren halten lässt. Erst als es die Friedrichshainer „Kiez-Taliban“ (BILD) gar zu bunt trieben, schritt die Polizei endlich ein und räumte.

**M**ag sein, dass die SPD-Sympathisantin Heidenreich aber einfach auch nur an verdreckte Bürgersteige, ruinierte Parks und rücksichtslose Rüpel-Radfahrer dachte. Oder an die traurigen Gestalten, die mir morgens beim Joggen im Tiergarten begegnen. Oder an die Schlaglöcher auf den Straßen, an die Staus durch politisch gewollte und sachlich nicht begründete Tempolimits; an der politisch gewollten Drangsalierung von Autofahrern, wenn Parkplätze vor Supermärkten verboten werden. An die Spielhöllen, die wie Pilze aus dem Boden schießen und ganze Stadtteile in die Kriminalität umkippen lassen.

**N**un wäre es unfair, die beklagenswerten Zustände allein dem rot-roten Senat anzulasten. Verbohrte SPD-Linke und ideologisch verblendete Grüne haben dem Ansehen und Wohl der Stadt schon lange Jahre vorher geschadet. Die Probleme türmen sich nicht erst seit 2006 auf.

**W**ieviel Politik-Substanz haben die anderen Parteien? Die FDP ist zur unsichtbaren Größe geschrumpft. Die CDU hat sich unter Frank Henkel endlich der Intriganten entledigt und gewinnt an Statur und Substanz. Frank Henkel ist ein bodenständiger Kumpel-Typ, der mit ziemlich breiten Beinen solide auf dem Berliner Boden steht und nicht auf Modenschauen gesichtet wird, wohl aber in Schrebergärten.

**E**s gilt das Sprichwort: Von Nichts kommt Nichts! In keiner anderen Stadt ist die Saat der 68er so gründlich aufgegangen wie in Berlin, noch heute zu besichtigen am ungepflegten äußeren Erscheinungsbild vieler „Verständnis“-Pädagogen, Politiker, Öko-Aktivisten, ja sogar Richter und vor allem der Staatsanwälte. Auch im Schulsektor konnte die Hauptstadt übrigens noch mit einem Superlativ aufwarten: Die Rütli-Schule war die erste Lehranstalt Deutschlands, die sich wegen der grassierenden Gewalt in den Klassenzimmern selbst auflösen wollte. Wohin sind wir gekommen, dass Schüler oft

adretter gekleidet sind als schlampige Lehrer?

**B**einahe hätte ich es vergessen: In keiner anderen Stadt wird so viel für oder gegen etwas demonstriert wie in Berlin - allein im vergangenen Jahr 2364mal! Das macht aufs Jahr bezogen 65 Demos pro Tag. Ob Studenten zur Nackt-Demo aufrufen oder Greenpeace einen Wal-Kadaver aus der Ostsee nach Berlin karrt – fast jeder kriegt eine Genehmigung. Millionen-Kosten durch Polizeischutz, Behördenkram, endloser Ärger für Bürger, die belästigt werden: Und keiner ruft: Schluss mit dem Irrsinn von Demo-Genehmigungen wie Freibier.

**W**ie wäre es einmal mit dem Verursacherprinzip: Demo-Aktivisten werden für die Einsatz-Kosten der Polizei und den Dreck, den sie der Stadtreinigung hinterlassen, zur Kasse gebeten? Vor zwei Jahren allerdings gab es eine sehr berechtigte Demo, die im allgemeinen Protestgewühl buchstäblich unterging: Polizisten gingen in Uniform im Freibad Plötensee baden – weil ihnen das Wasser bis zum Halse steht.

**S**age keiner, der rot-rote Senat wäre nicht kreativ: Tempo 30-Abzocke auch an den unsinnigsten Stellen der Stadt, wo nachweislich keinerlei Gefahr droht! Eine rote Ampel-Welle mit System, die Auto- wie Taxifahrer nervt. Parkhaus-Schikane an Supermärkten. Eine absurde Feinstaub-Regelung einzig in der Absicht, die Bürger zu gängeln und abzukassieren! Wo bitte geht's nach Schilda? Folgen Sie immer der Fahrtrichtung Berlin!

**B**erlin ist reif für eine grundlegende Erneuerung und die beginnt mit dem Bewusstsein. So wie einst in New York der legendäre Bürgermeister „Ed Koch“ mit seiner verrotteten Verwaltung, der Gleichgültigkeit der Politiker und der Beamten aufräumte. „Ed Koch“ sahen die New Yorker nie auf windigen Parties, wohl aber bei der Feuerwehr, bei Gemüsehändlern, vor allem bei der Polizei.

**D**ie Kriminalität in New York ist seither drastisch gesunken; die Stadt ist sauber, sogar frühere Elendsviertel wie die Bronx werden zu bevorzugten Wohnvierteln. Es geht also: Man muss es nur wollen.

**Ü**brigens: Ein Wort zu Ronald Reagan: Wäre er Kommunist gewesen, wie die Alt-Kämpferin Rosa Luxemburg oder Karl Liebknecht, wäre er längst durch Straßennamen geehrt. Er war aber ein Kommunistenbekämpfer und Verteidiger der Marktwirtschaft und er trat gegen staatliche Gängelerei ein und war für eine freie Bürgergesellschaft.

**B**eobachten wir also in diesen Tagen das unwürdige Gezerre um einen Straßennamen für Reagan. Da können wir viel lernen über die Gesinnung in dieser Stadt. ■

## Rechtsbruch bleibt Rechtsbruch

**61 verletzte Polizisten und Kosten in Millionenhöhe – das ist die traurige Bilanz der Räumung des besetzten Hauses in der Liebigstraße 14. Noch Tage nach der Räumung ziehen gewaltbereite Linksextreme randalierend durch Berlin, beschädigen Autos, Häuser und Geschäfte. „Diese Ausschreitungen dürfen nicht folgenlos bleiben“, erklärt der Spitzenkandidat der Berliner CDU zur Abgeordnetenhauswahl 2011, Frank Henkel.**

Besonders kritisch betrachtet Henkel auch die Sympathiebekundungen von Vertretern der Grünen für die Hausbesetzer: „Es ist nicht hinnehmbar, dass sich hohe Funktionsträger der Grünen mit Rechtsbrechern solidarisieren. Rechtsbruch bleibt Rechtsbruch, auch wenn er aus der linken Szene kommt. Wer hier mit zweierlei Maß misst, ist nicht regierungsfähig“, erklärte der CDU-Spitzenkandidat. „Es mag Unmut über bestimmte Entwicklungen geben, über Veränderungen im Stadtbild,



Auch an anderer Stelle in Friedrichshain-Kreuzberg ist die Polizei augenscheinlich nicht willkommen .

Die Berlinerinnen und Berliner sind leider schon einiges gewohnt: regelmäßige Brandanschläge auf Autos, Farbbeutel- und Steinwürfe auf Wohnhäuser und öffentliche Gebäude, Angriffe auf Restaurants, unzählige Sachbeschädigungen. Doch was sich Anfang Februar bei der Räumung des besetzten Hauses in der Liebigstraße 14 abgespielt hat, markiert einen neuen Höhepunkt der linksextremen Gewalt in Berlin. Zahlreiche Polizisten wurden verprügelt, dem Steuerzahler sind durch den Polizeieinsatz und die Sachbeschädigungen der Randalierer am Tag der Räumung und in den Folgetagen Kosten in Millionenhöhe entstanden. „Die Hausbesetzer und Randalierer müssen mit aller Härte strafrechtlich verfolgt werden“, fordert CDU-Spitzenkandidat Henkel, „wer Scheiben einschmeißt, Häuser auseinander nimmt und Geschäfte verwüstet, soll dafür bezahlen“. Es dürfe nicht sein, dass die betroffenen Hauseigentümer oder gar die Allgemeinheit die anfallenden Kosten tragen müssten, so Henkel. Gleiches gelte für die Kosten des Polizeieinsatzes. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Robbin Juhnke, hat in diesem Zusammenhang bereits eine Kleine Anfrage mit dem Titel „Nutzung von Steuergeldern für Rechtsbrecher?“ gestellt.

über steigende Mieten. Aber deshalb schmeiße ich keine Scheiben ein, deshalb verprügele ich keine Polizisten“, so Henkel. Kurt Wansner, Innenexperte der CDU-Fraktion und Abgeordneter aus Friedrichshain-Kreuzberg, teilt Henkels Meinung und fordert den Rücktritt des Grünen Bezirksbürgermeisters Franz Schulz: „Es kann nicht sein, dass Schulz für die Räumung der Liebigstraße 14, die im Übrigen rechtmäßig war, den Staat und die Hauseigentümer verantwortlich macht. Es waren die Hausbesetzer, die nicht bereit waren, eine friedliche Lösung zu finden“, so Wansner, „Wer wie Schulz einseitig Partei ergreift und – wie im konkreten Fall – mit gewalttätigen Chaoten und Rechtsbrechern sympathisiert, verspielt nicht nur seine Glaubwürdigkeit, sondern beschädigt auch sein Amt“.

Spitzenkandidat Frank Henkel kündigte an, die Vorfälle um die Räumung in der Liebigstraße 14 zum Thema im Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses zu machen.

Henkel: „Ich will es nicht zulassen, dass es in unserer Stadt rechtsfreie Räume gibt!“



**Fit für das Mandat:  
Hilfe aus der Praxis  
für die Praxis**

**Hier finden Sie das  
aktuelle Programm  
[www.kbb-berlin.de](http://www.kbb-berlin.de)**

**Und so erreichen  
Sie uns:**

**Kommunalpolitisches  
Bildungswerk  
Berlin e.V. (KBB)  
Paul-Lincke-Ufer 8b  
10999 Berlin  
Tel. (030) 204 509 32**

**[info@kbb-berlin.de](mailto:info@kbb-berlin.de)**

**Der KBB-Vorstand:  
Tim-Rainer Bornholt  
Jürgen Vogt  
Volker Liepelt  
Verena Butalikakis  
Frank Henkel**

# Wasser-Entscheid: „Ein Erfolg der Menschen, nicht der Politik“

**Plötzlich hat der Erfolg viele Väter: Zum ersten Mal in der Geschichte Berlins war ein Volksentscheid erfolgreich. 678.247 Berlinerinnen und Berliner haben sich am Volksentscheid zur Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge der Berliner Wasserbetriebe beteiligt, 98,2 Prozent von ihnen stimmten für mehr Transparenz. Der Senat muss nun alle Privatisierungsverträge und Nebenabsprachen offenlegen.**

Und auf einmal fühlen sich die rot-roten Senatsmitglieder „bestätigt“. Dabei haben sie ein Jahrzehnt lang jede Veröffentlichung der Verträge und ihrer Zusatzvereinbarungen abgelehnt und die rechtswidrige Garantieren-dite verteidigt. Wie eine Tageszeitung herausfand, versuchte Linkspartei-Wirtschaftssenator Harald Wolf 2003 sogar, den Bürger durch höhere Wasserpreise zu Gunsten des Landeshaushalts und der privaten Miteigentümer zusätzlich abzuzocken.

Frank Henkel, CDU-Partei- und Fraktionsvorsitzender in Berlin, hat angesichts des Erfolgs des Wasser-Volksentscheides vor Wendehälsen gewarnt: „Das Ergebnis ist kein Erfolg der Politik. Es ist der Erfolg der Berliner

und Berlinerinnen“, sagte Henkel am Montag. „Die Menschen sollten sich das nicht von politischen Wendehälsen wegnehmen lassen. Es ist schon erstaunlich, welche Politiker jetzt alle auf der Erfolgswelle mitschwimmen wollen“. Henkel kritisierte damit vor allem Klaus Wowereit, der allen Ernstes „Rückenwind“ für den Senat aus der 98,2-Prozent-Klatsche herauslesen wollte.

Besonders interessant übrigens: Vor allem die Menschen in den Außenbezirken wollen der Wasser-Abzocke offenbar nicht mehr tatenlos zusehen. „Dort, wo die Zustimmung am größten war, leben besonders viele Eigenheim- und Gartenbesitzer“, berichtet die Berliner Morgenpost. Mehr als 32 Prozent der Wahlberechtigten in Steglitz-Zehlendorf und Treptow-Köpenick stimmten am 13. Februar für den Volksentscheid. In den Hochburgen der Regierungsparteien wie Mitte oder Lichtenberg lag die Beteiligung ein Drittel niedriger. In der Lichtenberger Rhinstraße fanden sogar nur acht Prozent der Berechtigten den Weg ins Abstimmungslokal.

**Wasserpreis:**  
Berlinerinnen und Berliner zahlen 5,88 Euro für den Kubikmeter Wasser, mehr als die Hälfte davon (2,88 Euro) entfällt auf den Abwasseranteil.

Von den Einnahmen fließen in den Jahren 2010/11 jeweils 116 Millionen Euro Garantiegewinne an die privaten Miteigentümer und an die Landeskasse. Darüber hinaus nimmt der Berliner Fiskus durch Grundwasserentnahmeentgelt und Abwassergebühr (64 Millionen Euro), Sondernutzungsgebühren (24 Millionen Euro) und Gewerbebeertragsteuer (13 Millionen Euro) nochmals 101 Millionen Euro ein, so dass das Land Berlin auf eine Gesamtsumme von 217 Millionen Euro kommt.

*(Quellen: Berliner Morgenpost, Berliner Wasserbetriebe)*



**INFO-  
COUPON**

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, PLZ

Telefon

eMail

- Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin: Senden Sie mir Informationsmaterial zu!
- Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden: Nehmen Sie Kontakt mit mir auf.

CDU Berlin • Kleiststraße 23-26 • 10787 Berlin  
Tel.: 030.32 69 04-0 • Fax: 030.32 69 04-44 • cduberlin@cduberlin.de

# Mitmachen.

# CDU